

Zeitschrift: Bulletin des Schweizerischen Elektrotechnischen Vereins, des Verbandes Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen = Bulletin de l'Association Suisse des Electriciens, de l'Association des Entreprises électriques suisses

Band: 71 (1980)

Heft: 4

Rubrik: Pressespiegel = Reflets de presse

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 19.11.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

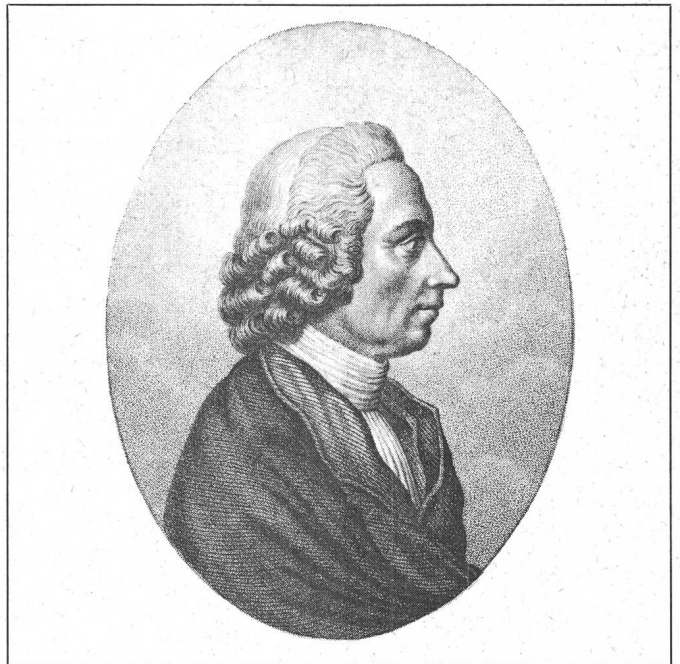
Joseph Priestley

1733–1804

Joseph Priestley kam am 13. März 1733 in Fieldhead bei Leeds als ältester Sohn eines streng calvinistisch denkenden Schneiders zur Welt. Er war stets kränklich, verlor mit 6 Jahren die Mutter und kam danach zu einer Tante. Bei ihr verkehrten Prediger einer unitaristisch orientierten Sekte. Mit 19 Jahren zog er an die Dissidenten-Akademie in Daventry, die er 1755 als ausgebildeter Prediger verliess. Nach nur einjähriger Wirksamkeit wurde er als Lehrer an die Dissidenten-Akademie von Warrington berufen, wo er Sprachen, Geschichte, Recht und vieles andere, nicht aber Theologie unterrichtete. 1762 heiratete er.

Zwei Jahre später verlieh ihm die Universität Edinburg den Doktor der Rechte für eine Arbeit über Erziehungsfragen. 1765 traf er in London Benjamin Franklin, der damals als Vertreter der Kolonie Pennsylvanien dort weilte. Dieser weckte sein Interesse für Naturwissenschaften, und von da an experimentierte Priestley. Er entdeckte den elektrischen Wind, die Leitfähigkeit von Holzkohle sowie von Metallsalzen, erkannte, dass die elektrischen Ladungen an der Oberfläche sitzen, ordnete die Metalle gemäss ihrer Leitfähigkeit und schrieb eine «Geschichte der Elektrizität». Darin sprach er auch die Vermutung aus, die elektrische Anziehung nehme mit dem Quadrat der Entfernung ab. Diese Aussage wurde jedoch nicht beachtet und erst 1785 durch Coulomb nachgewiesen. Das Buch erlebte fünf Auflagen und wurde auch in andere Sprachen übersetzt. Die Royal Society ernannte ihn zum Fellow, und viele Forscher, auch Volta, traten in Verbindung mit ihm.

Weil die Familie grösser geworden war und er mehr Einnahmen benötigte, ging er als Geistlicher nach Leeds. Seine Wohnung lag neben einer Brauerei, deren Dünfte sein Interesse auf die Chemie lenkten. Er untersuchte die Eigenschaften vieler Gase (Aussehen, Geruch, Brennbarkeit, ob in ihnen Leben möglich ist usw.). Für die Entdeckung, dass CO_2 in Wasser löslich ist, erhielt er 1773 die Copley-Medaille. Wichtiger war sein Entschluss, die zu prüfenden Gase nicht in einem Wassertrog, sondern in einem mit Quecksilber gefüllten aufzufangen. So entdeckte er auch in Wasser lösliche Gase. Als er dann rotes Quecksilberoxyd mit Hilfe eines Brennglases durch Sonnenstrahlen erhitzte, entstand ein Gas, das die Flamme nicht erstickte. Er nannte es dephlogistonierte Luft. Lavoisier taufte es Sauerstoff und zeigte, dass es in der Chemie keinen Platz mehr gibt für Phlogiston. Priestley aber, der eine ganze Anzahl neuer Gase isolierte, so Ammoniak, Schwefeldioxyd, Stickoxyd usw., akzeptierte Lavoisiers Theorie nicht und blieb bis an sein Lebensende beim Phlogiston. Der Gelehrte Cuvier meinte daher, Priestley sei wegen seiner Entdeckung des Sauerstoffes der Vater der modernen Chemie, aber er nehme seine eigene Tochter nicht an.



Zentralbibliothek Zürich

1774 machte Priestley eine Europareise. Das 6bändige Werk «Experiments Relating to Various Branches of Natural Philosophy» (erschieden zwischen 1779 und 1786) machte ihn berühmt. Die Akademien von Paris und St. Petersburg ernannten ihn zu ihrem Mitglied.

Von 1773 bis 1780 stand Priestley als Bibliothekar und Berater im Dienste des Earl von Shelburn. Dann zog er als Prediger nach Birmingham, wo er etliche theologische und philosophische Streitschriften verfasste. Er wurde daher heftig angefeindet, und als er noch mit der Französischen Revolution sympathisierte, wurde das religiöse Versammlungslokal und sein Wohnhaus vom Volk in Brand gesteckt. Priestley floh nach London und wanderte 1794 nach den USA aus. Franklin bot ihm eine Professur an der Universität an, doch lehnte Priestley ab. Er wollte nur noch in Ruhe schreiben.

In den beiden folgenden Jahren starben sein jüngster Sohn und seine Frau. Priestley, immer ein Revoluzzer, setzte sich für die Unabhängigkeit in den USA ein und erwarb sich so die Freundschaft Präsident Jeffersons. Vereinsamt und gealtert starb Priestley am 6. Februar 1804 in Northumberland. Er hinterliess zwei in den USA lebende Söhne und eine in England verheiratete Tochter.

H. Wüger

Pressespiegel – Reflets de presse

Diese Rubrik umfasst Veröffentlichungen (teilweise auszugsweise) in Tageszeitungen und Zeitschriften über energiewirtschaftliche und energiepolitische Themen. Sie decken sich nicht in jedem Fall mit der Meinung der Redaktion. Cette rubrique résume (en partie sous forme d'extraits) des articles parus dans les quotidiens et périodiques sur des sujets touchant à l'économie ou à la politique énergétiques sans pour autant refléter toujours l'opinion de la rédaction.

Elektroheizung und Strompreise

Als vor ungefähr einem Jahr die Elektrizitätswerke, vorab die NOK, ihre Stromtarife erhöhten, ging ein Aufschrei der Entrüstung durch unseren Blätterwald. Gewisse Politiker und Publizisten rechneten den Elektrizitätsbaronen aus, dass ein solcher

Aufschlag nicht nötig sei, dass die Elektrizitätswerke auf dicken Reservepolstern sässen, dass sie in heimtückischer Weise die Situation auf dem Heizölmarkt ausnützen würden.

Die gleichen Leute sehen es nun plötzlich ganz anders. Heute werfen sie den Elektrizitätswerken vor, dass sie ihren Strom für die Raumheizung zu billig verkaufen, dass die bestehenden Tarifstrukturen gegen die Grundsätze einer realistischen Kostenrechnung verstossen! Es wird behauptet, dass sich die Elektrizitätswerke auf dem Weg in die finanzielle Sackgasse befinden.

Man muss diesen erstaunlichen Gesinnungswandel vor dem Hintergrund des Kampfes gegen die Kernkraftwerke sehen. Die KKW-Gegner fürchten mit Recht, dass die steigende Beliebtheit

der elektrischen Raumheizung ihre Stellung schwächen wird, dass die rücksichtslose Preispolitik der Erdölexporteure immer mehr Leuten die Augen darüber öffnet, wo in unserer Energieversorgung die wirklichen Gefahren liegen.

Aus diesen Gründen muss die elektrische Raumheizung schlechtgemacht werden. Mit dem im Kampf gegen die Kernkraftwerke bewährten Mittel der Angstmacherei werden die Leute vor der Elektroheizung gewarnt. Es wird behauptet, die Elektrizitätswerke lockten ihre Strombezügler mit dem Speck der billigen Nachtstarife in die Elektroheizungsfalltür, um nachher mit dem Hammer von vier- bis fünfmal höheren Strompreisen zuzuschlagen.

Solche Behauptungen sind rein demagogisch, denn sie entbehren jeder sachlichen Grundlage.

Erstens gibt es kein «unüberlegtes Ausweichen auf die Elektroheizung». Vor dem Anschluss jeder einzelnen Elektroheizanlage wird vom zuständigen EW genau geprüft, ob sich der Anschluss aufgrund der örtlichen Netzverhältnisse und der langfristigen Liefermöglichkeiten verantworten lässt. Diese Beurteilung führt in vielen Fällen zur Verweigerung der Anschlussbewilligung.

Zweitens werden sich die Elektrizitätswerke immer veranlasst sehen, durch entsprechende Tarifgestaltung für den Absatz der Nachtenergie zu sorgen. Nachts ist der Strombedarf ohne Elektroheizungen und Boiler nur etwa halb so gross wie zu den Tagesspitzenzeiten. Zudem kann nachts der Strom aus den umgebenden Ländern zu sehr billigem Preis importiert werden. Es entspricht daher einer gesunden Geschäftspolitik der Werke, wenn sie dafür sorgen, dass ihre Produktionsanlagen und ihre Verteilnetze auch nachts so gut wie möglich ausgenutzt werden und dass sie von den günstigen Importmöglichkeiten Gebrauch machen. Diese gute Ausnutzung der bestehenden Kapazitäten führt zu einem günstigen Mischpreis für die Elektroenergie. Es ist also nicht so, dass die Werke den Heizstrom zu Lasten der Tagesstrombezügler «verschenken», sondern genau umgekehrt. Dank der guten Netzbelastung während 24 Stunden kann auch der Spitzenstrom günstiger kalkuliert werden.

Adolph Schmidt, Wädenswil

Leserbrief aus «Zürichsee-Zeitung», Stäfa, 15. Januar 1980



«Zeitung für kommunale Wirtschaft», München, 11. Januar 1980

Zürich: à la suite du Conseil d'Etat le Grand Conseil dit oui à Kaiseraugst

Zürich, 28 (ATS) – Au terme de six heures de débats le Grand Conseil zurichois s'est prononcé par 92 voix contre 62 en faveur de l'accord d'autorisation générale pour la centrale nucléaire de Kaiseraugst. Comme le Gouvernement zurichois, le Grand Conseil recommande donc également au souverain de voter oui le 27 avril prochain.

On se souvient en effet que les Zurichois s'étaient donné le 2 décembre dernier le droit de se prononcer sur la construction d'installations nucléaires en sanctionnant, par la voie du référendum obligatoire, la prise de position du Conseil d'Etat dans le cadre de la procédure de consultation fédérale précédant l'accord par le Conseil fédéral de l'autorisation générale pour des cen-

trales nucléaires, de retraitement ou pour des dépôts de déchets radioactifs. Le Grand Conseil a d'autre part décidé lundi de la formulation définitive de l'objet. Les citoyens zurichois approuveront ou non dans trois mois la phrase suivante: «Il est recommandé aux autorités fédérales d'approuver la construction de la centrale nucléaire de Kaiseraugst afin d'assurer l'approvisionnement en énergie électrique.»

Très nombreux ont été les députés à débattre de la question lundi dernier déjà où le débat avait duré deux heures et demie et hier où trois heures et demie ont été nécessaires. Les socialistes, de même que quelques députés évangéliques, étaient opposés à l'accord d'autorisation générale de construire Kaiseraugst, alors que la majorité des députés des autres partis se sont prononcés en faveur de l'octroi de cette autorisation. Alors qu'il y a une semaine les discussions avaient été consacrées à des questions fondamentales concernant le nucléaire, les députés ont débattu hier lundi du besoin ou non de cette centrale.

Le point de vue du Gouvernement ...

Il s'est dit ainsi qu'une impasse énergétique menaçait la Suisse à partir de 1985 déjà alors que les énergies de remplacement ne seront à disposition qu'au plus tôt à la fin de ce siècle, l'énergie nucléaire apparaissant dans cette perspective comme une phase de transition nécessaire. Le président du Gouvernement, M. Künzi, a, lui, fait valoir qu'il faut assurer la croissance économique et, par là, la sécurité de l'emploi et qu'il n'est pas prêt à prendre la responsabilité d'une crise énergétique. Dans les rangs des députés en faveur de l'octroi de l'autorisation générale pour Kaiseraugst, on a enfin mis en évidence les conséquences financières d'un refus de la centrale: des 850 millions de francs actuellement investis, seuls 250 pourraient être recouverts par des ventes et le reste, soit 600 millions, seraient perdus.

... et celui des opposants

Du côté des opposants, on a fait valoir que les évaluations des besoins en électricité sur lesquelles on se base pour l'octroi de l'autorisation, correspondaient à la consommation en énergie durant les années où elle était bon marché. On n'a pas tenu compte dans ces évaluations du fait que le facteur prix peut freiner la consommation. On jetterait d'autre part de la poudre aux yeux de la population en prétendant qu'avec la construction de Kaiseraugst on pourrait réduire notre dépendance vis-à-vis de l'étranger pour l'approvisionnement en pétrole. En conclusion, il faut, selon les socialistes zurichois, cesser de se rabattre sur des énergies non renouvelables et appuyer les économies d'énergie par des bases légales.

«Journal de Genève», Genève, le 29 janvier 1980

Matte-Kraftwerk: Prioritäten

Manches deutet darauf hin, dass die Projektvariante des Elektrizitätswerks, welche aus dem Kraftwerk Matte das Maximum an Elektrizität herausholen möchte, eine Totgeburt ist. Die Bedenken der vereinigten «interessierten Kreise» – von den Fischern und Wasserfahrern über die Anwohner bis zu den Landschaftschützern – scheinen sich zu einer Oppositionswelle zu kumulieren, welche die entsprechenden Pläne die Aare hinabschwemmen könnte, bevor sie auch nur wirklich Gestalt angenommen haben.

Obschon die fünf Millionen Kilowattstunden im Jahr, um die es geht (die blosse Erneuerung der Anlage scheint unbestritten zu sein) angesichts eines Jahresverbrauchs von gegen 700 Millionen Kilowattstunden wenig ins Gewicht fallen, erscheinen doch einige grundsätzliche Überlegungen angebracht.

Was nützt der dickste Bericht der vielzitierten Gesamtenergiekommission, wenn die Umsetzung der Empfehlungen in die Praxis schon beim kleinsten Projekt scheitert? Die Wasserkraft ist sicher eine der umweltfreundlichsten Energiequellen. Ganz ohne Beeinträchtigung der Lebensqualität geht es aber auch hier nicht ab. Im Vergleich etwa zur Lagerung von Atommüll, die andernorts zur Diskussion steht, erscheint der Anblick trockener Kiesbänke aber doch harmlos.

Nichts gegen ästhetische Kriterien bei der Beurteilung von städtebaulichen Projekten. Die Frage muss aber doch gestellt

werden, wie lange wir uns den – zweifellos erstrebenswerten – «Luxus» leisten können, derartig «immaterielle» Güter höher zu gewichten als die zahlenmässig klar erfassbare Produktion von Strom.

Es geht demnach auch um politische Prioritäten, wenn der Entscheid zwischen den beiden Projektvarianten gefällt wird. Die neu geschaffene städtische Energiekommission wird bei der Behandlung des Themas gleich vor eine Bewährungsprobe gestellt.

Ebenso, wie ästhetische Gesichtspunkte angesichts der bedrohlicher gewordenen Weltlage nicht allein im Vordergrund stehen können, darf auch der betriebswirtschaftliche Aspekt nicht überbewertet werden. Unter Umständen empfiehlt sich daher eine Lösung, welche trotz grösserer Kostenfolge zumindest die Möglichkeit einer besseren Nutzung offenlässt. Ein derartiger Kompromiss scheint auch vom Kanton her erwünscht. Es könnte sonst der Tag kommen, an dem wir den «bescheidenen» fünf Millionen Kilowattstunden nachtrauern, welche ungenutzt die Aare hinabfliessen.

Peter Abelin

«Berner Zeitung», Bern, 26. Januar 1980

«Klare Mehrheit» für zwei Initiativen

Umweltschutzorganisationen und Atomkraftwerkgegner wollen in zweieinhalb Monaten eine neue Atominitiative und gleichzeitig eine Energieinitiative starten. Das ist das Ergebnis einer breitangelegten «Vernehmlassung», an der sich nach Angaben der Schweizerischen Energienstiftung (SES) 90 Gruppierungen mit rund 6000 Mitgliedern in der ganzen Schweiz beteiligt haben. Diskussionsgrundlage waren Vorschläge einer SES-Broschüre. Laut SES-Vizepräsidentin Ursula Koch hat sich dabei «eine klare Mehrheit» für die Lancierung von zwei parallelen Initiativen ausgesprochen.

Nach dem Scheitern der Atominitiative am 18. Februar 1978 fanden sich zahlreiche Umweltschutz- und Atomkraftwerkgegner-Gruppierungen aus dem linken und bürgerlichen Lager unter der Federführung der SES in einer «Arbeitsgruppe neue Initiative» zusammen, um die möglichen Stossrichtungen eines neuen Volksbegehrens abzuklären und Vorschläge zu sammeln. In einer SES-Broschüre («Was meinen Sie dazu?») wurden schliesslich fünf Modellvorschläge aufgenommen und anhand von Textbeispielen, möglichen Vor- und Nachteilen und weiteren Erläuterungen zur Diskussion gestellt: Atomverbots- und Stilllegungsinitiative, Referendums- und Rahmenbewilligungsinitiative, Energieinitiative, Atominitiative mit eingebauten Energieartikeln, zwei parallele Vorstösse in Form einer Energieinitiative und einer Atominitiative.

Textliche Bereinigung

Mit einem Fragebogen konnten sich die interessierten Gruppen und Personen bis Ende November vergangenen Jahres für eine oder mehrere Möglichkeiten aussprechen. Eine Auswertung der eingegangenen Antworten habe gezeigt, dass rund zwei Drittel die Lancierung von zwei parallelen Initiativen empfiehlt, erklärte die Zürcher SP-Kantonsrätin und SES-Vizepräsidentin Ursula Koch den LNN. Die endgültige inhaltliche und redaktionelle Fassung der beiden Initiativtexte soll Ende Februar vorliegen, so dass noch einmal eine Plenumsdiskussion stattfinden könne, bevor das Initiativkomitee gebildet werde.

Ursula Koch ist zuversichtlich, dass mit dem Start der Unterschriftensammlung Ende März begonnen werden kann, um so mehr, als die Bereinigung der Texte bereits weit fortgeschritten sei. An den in der SES-Broschüre für die beiden ausgewählten Initiativen definierten Zielen soll sich nichts mehr ändern. Im einzelnen geht es um folgendes:

● Atominitiative. Es soll sichergestellt werden, dass nach der Betriebsaufnahme des Atomkraftwerkes Leibstadt keine weiteren Atommeiler der Schweiz gebaut und betrieben werden dürfen. Die bestehenden Werke werden im Gegensatz zu einer reinen Verbotsinitiative dadurch nicht in Frage gestellt. Anlagen zur Gewinnung, Aufbereitung oder Wiederaufbereitung von Kernmaterial sollen überhaupt verboten sein. Zwischen- oder Endlager für radioaktive Abfälle bedürften einer Konzession, die die Bundesversammlung erteilen würde. Ein positiver Entscheid wäre dem obligatorischen Referendum unterstellt, wobei die Zu-

stimmung der Stimmenden des Standortkantons für die Konzessionserteilung eine notwendige Bedingung wäre. In der von Volk und Ständen abgelehnten ersten Atominitiative war ein wesentlich komplizierterer demokratischer Beteiligungsmechanismus vorgesehen.

● Energieinitiative. Es soll ein Energieartikel vorgelegt werden, der «klar und präzise sagt, was wir wollen», betonte Ursula Koch. Eine Generalklausel, die dem Bund Spielraum offen lässt, soll auf jeden Fall nicht zum Zuge kommen. Der Bund soll unter anderem verpflichtet werden, Abgaben auf Energieträgern zu erheben, sowie die Dezentralisierung der Energieproduktion und -versorgung zu fördern. Die Erträge der Energieabgaben würden der Forschung, Entwicklung und Einführung energie-sparenderer Techniken und Alternativenergien zufließen.

Laut SES-Vizepräsidentin Koch sollen die Unterschriften für die beiden Volksbegehren auf Doppelbogen gesammelt werden, wobei für jede Initiative natürlich separat unterschrieben werden müsste. Dieses Vorgehen habe den Vorteil, dass der administrative Aufwand verkleinert werde, und das Initiativkomitee bringe zum Ausdruck, dass die «beiden Initiativen einander ergänzen, denn heute kann man keinen Atomkraftwerk-Baustopp mehr verlangen, ohne aufzuzeigen, welche andern Möglichkeiten im Energiebereich vorhanden sind», sagte Ursula Koch. Die Lancierung von zwei parallelen Initiativen biete zudem die Chance, dass eine grössere Einheit möglich sei: Anhänger einer Atominitiative würden damit gleichzeitig auch einen Energieartikel unterstützen und umgekehrt.

«Politischer Druck»

Mit den beiden Initiativen soll erklärermassen auf die Ende 1983 geplante Totalrevision des Atomgesetzes «politischer Druck» ausgeübt werden. Eine Expertenkommission unter dem Vorsitz von alt Bundesrichter Werner Dubach, Mont-sur-Lausanne, ist daran, einen Gesetzesentwurf auszuarbeiten. Andererseits wollen die Gruppierungen auch die Diskussionen um einen künftigen Energieartikel in der Bundesverfassung beeinflussen. Eine entsprechende bundesrätliche Botschaft ist für dieses Jahr angekündigt. Ursula Koch macht allerdings deutlich: «Ein allgemein gehaltener Energieartikel, wie er erwartet werden darf, ist für uns nicht akzeptabel.»

Jürg Lehmann

«Luzerner Neuste Nachrichten», Luzern, 25. Januar 1980

A-Werk wehrt sich

Gösgen (SO) – «Grobe Verzerrung» wirft die Kernkraftwerk Gösgen AG den A-Werk-Gegnern vor. Sie hatten behauptet, die Kraftwerkbauer würden sogar ein gewisses Gesundheitsrisiko für die Bevölkerung als tragbar bezeichnen. Dies sei jedoch nicht der Fall, erklärt die Erbauerfirma; die vorgeschriebenen Limiten für die radioaktiven Emissionen würden «nicht nur eingehalten, sondern sogar wesentlich unterschritten».

«Sonntags-Blick», Zürich, 27. Januar 1980

St. Gallen – Das überparteiliche Aktionskomitee «Demokratie bei Atomanlagen» hat vorgestern in St. Gallen 9584 beglaubigte Unterschriften zu einem Initiativbegehren eingereicht. Es fordert eine Mitsprache des St. Galler Volkes beim Bau von A-Werken, Lagerstätten und Aufbereitungsanlagen.

«Aargauer Volksblatt», Baden, 24. Januar 1980

Solothurner Beteiligung am Plenar-System

Der Kanton Solothurn will sich mit 100 000 Franken an der Planung einer Pilotanlage für einen Wärmeverbund im Raum Olten beteiligen. In einem Antrag an den Kantonsrat rechtfertigt der Regierungsrat sein Engagement damit, dass er einen Impuls auslösen und sich mit relativ bescheidenen Mitteln wenigstens an der Planung der Pilotanlage beteiligen wolle, weil eine finanzielle Mitwirkung an der Realisierung des Projektes – geschätzte Kosten 15 Millionen Franken – unwahrscheinlich sei. Generell seien Fernheizungen energiepolitisch positiv zu beurteilen, und das für den Raum Olten detailliert untersuchte Plenar-System verdiene Vertrauen, weil es für die dortigen Verhältnisse geeignet sei.

Nutzung vorhandener Abwärmequellen

Die Arbeitsgruppe Plenar (Planung, Energie, Architektur) war 1977 mit der Studie «Wärmeverbund CH» an die Öffentlichkeit getreten, in der die Erdölsubstitution durch Niedertemperaturwärme angeregt wird. Sie erhielt ein Jahr später vom Nationalen Energie-Forschungs-Fonds (NEFF) den Auftrag, das Konzept anhand eines Vorprojektes für die Region Olten im Detail nachzuweisen. Dieses liegt seit September 1979 vor. Das Plenar-System will die bereits vorhandenen Abwärmequellen anzapfen. Für das untersuchte Gebiet kommt in erster Linie das Kernkraftwerk Gösgen-Däniken (KKG) in Frage.

Der Solothurner Regierungsrat hatte bereits im August 1977 sein Interesse am Plenar-System bekundet, und er äusserte Genugtuung darüber, dass die Region Olten für eine Fallstudie ausgewählt worden war. Die Behörden der Region wurden ersucht, die Arbeitsgruppe Plenar zu unterstützen, und als Verbindung zum Kanton wurde die Energiefachstelle bezeichnet. Der Regierungsrat schreibt nun, der Aufbau eines regionalen Verbundnetzes hänge nicht nur von den technischen Gegebenheiten ab. Die politische Willensbildung in den Gemeinden und im Kanton sei neben der Konkurrenzfähigkeit des Systems entscheidend für die Verwirklichung.

Konsortium mit fünf Partnern

Der nächste Schritt besteht darin, eine Pilotanlage einzurichten, damit praktische Erfahrungen gesammelt werden können. Bau und Betrieb dieser Anlage sollen die Demonstration des Plenar-Systems und den Nachweis der Wirtschaftlichkeit ermöglichen, die Realisierung des Projektes Olten einleiten (Wärmeversorgung eines ausreichend grossen Gebietes, um einen wirtschaftlichen Betrieb gewährleisten zu können) sowie rechtliche und politische Fragen abklären helfen. Die für die Pilotanlage aus dem KKG bezogene Wärme wird in die rechts der Aare liegenden Quartiere von Olten verteilt. Diese zählen etwa 17 000 Wärmebezügler; für die Pilotanlage ist die Versorgung von etwa 3000 Wärmebezügern vorgesehen.

Dem Konsortium für die Erarbeitung des Vorprojektes gehören seitens der Öffentlichkeit die Stadt Olten, der Kanton Solothurn und der Bund, ferner die Firmen Aare-Tessin AG, Atel, Olten/Kernkraftwerk Gösgen-Däniken und Von Roll, Gerlafingen, an. Federführend sind die Firmen Von Roll und Atel. Atel/KKG leisten 200 000 Franken, die übrigen Partner je 100 000 Franken an den auf 600 000 Franken veranschlagten Gesamtaufwand für das Vorprojekt; die Stadt Olten und die beteiligten Firmen wollen 280 000 Franken als Eigenleistung erbringen. Der Arbeitsaufwand wird auf 8000 Stunden geschätzt; die Projektierungsarbeiten sollen im März 1981 abgeschlossen werden können.

Wie der Regierungsrat in seinem Bericht an den Kantonsrat festhält, sprechen auch Argumente der Wirtschaftsförderung für eine finanzielle Mitwirkung an den Studien für eine Fernwärmeversorgung: Das Projekt habe für die Zukunft der Firma Von Roll aus Wirtschaftlichkeits- und Prestige Gründen grosse Bedeutung. *«Neue Zürcher Zeitung», Zürich, 14. Februar 1980*

Der Laie staunt ...

Das Kernkraftwerk Gösgen-Däniken AG informierte über das erste Gösgen-Hearing aus seiner Sicht, nachdem die Beschwerdeführer ihre Ansicht zuerst verbreiteten (siehe «AZ Panorama»). Dem Laien ist auch nach diesen Informationen nur eines klar: Er weiss genau so wenig wie vorher. Er kann nur staunen, wenn um Limiten, gemessen in Curie und Millirem, gestritten wird – denn diese Grenzwerte, die da verschoben werden sollen, betreffen etwas, das für ihn nicht greifbar, nicht verständlich ist. Allem nicht Greifbaren, Unverständlichen, haftet etwas Unheimliches an. Man weiss, dass da eine Gefahr lauert. Die eine Seite sagt, die Gefahr sei durch genügende Sicherheitsvorkehrungen gebannt, die andere, die Gefahr sei zu gross, als dass sie gebannt werden könnte. Der Laie ist dem Wissen der Experten ausgeliefert, und diese sind sich nicht einig. Je nach Standpunkt des Betrachters sind diese oder jene Experten nicht objektiv. Die einen Experten wollen beweisen, dass AKWs betrieben werden können, die andern, dass AKWs stillgelegt werden müssen.

Für die Bevölkerung, die aus lauter Laien besteht, wird sich an der Unsicherheit, wem sie nun eigentlich Glauben schenken will, auch nach den Gösgen-Hearings nichts ändern. Die Kernenergie steht heute im Vordergrund der Diskussionen und Kontroversen. War im Zeichen des allgemeinen Fortschrittes der Glaube an die Technik bei der Mehrheit der Bevölkerung vorhanden, gab es ein Umdenken betreffend Segen und Fluch der Technik, und so gab es immer mehr, die der Technik, dem raschen Fortschritt den Rücken zuwendeten und – aus gemachten Erfahrungen – nicht mehr alles glauben wollten. Dieser stark gewordene Teil der Bevölkerung steht auf der Seite der «Gegen-Experten».

Wenn man im KKG auch sagt, die radioaktive Belastung der Schweizer durch die vier AKWs sei nicht grösser als die Belastung durch die Fernsehapparate, die in unseren Haushaltungen stehen, ist dies wieder die Aussage von Experten – die einen glauben ihnen, die anderen nicht.

Es bleibt beim alten: der Laie staunt – und hofft, dass sich der Fachmann nicht plötzlich wundert (weil beispielsweise etwas doch nicht wie berechnet vorging).

Bruno Schärer

«Solothurner AZ», Olten, 2. Februar 1980